

http://www.focus.de/finanzen/news/staatsverschuldung/tid-23679/diskussion-um-staatspleite-wie-griechenland-zu-retten-ist_aid_667154.html

Diskussion um Staatspleite

„Wir brauchen ein Schuldentribunal“

Dienstag, 20.09.2011, 15:26 · von FOCUS-Online-Autor [Simon Che Berberich](#)



Insolvenzrechtler Christoph G. Paulus

privat

Die Staatsschuldenkrise ist mit den herkömmlichen Mitteln kaum zu lösen. Der Insolvenzrechtler Christoph Paulus fordert deshalb im FOCUS-Online-Interview: Staaten müssen Pleite gehen können – und zwar nach strengen Regeln.

 [Empfehlen](#)

Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) hat sich gehörig die Finger verbrannt: Seine Offensive für eine Insolvenz von Staaten erregte nicht nur den Zorn von Kanzlerin Angela Merkel (CDU). Auch beim Wähler machte der Vorschlag nicht den geringsten Eindruck, wie die Berlinwahl zeigte. Und dennoch: Viele Ökonomen befürworteten eine geordnete Insolvenz für hoffnungslos überschuldete Länder. Allerdings fehlt dafür noch ein geeignetes Verfahren. Damit droht eine unkontrollierte Pleite, die an den Finanzmärkten Chaos auslösen könnte. Der Berliner Rechtsprofessor Christoph Paulus beschäftigt sich seit langem mit diesem Thema. Im FOCUS-Online-Interview erklärt er, wie eine Insolvenzordnung für Staaten aussehen könnte – und warum er dabei an Altkanzler Helmut Schmidt denkt.

FOCUS Online: Herr Professor Paulus, Staatspleiten gab es schon einige. Wie kann es sein, dass es dafür keine internationalen Regeln gibt?

Christoph Paulus: Das ist wirklich erstaunlich, denn das Phänomen gibt es seit Jahrtausenden. In den letzten vier- bis fünf Jahrhunderten sind die Staaten der Reihe nach Pleite gegangen – Deutschland mindestens fünf Mal, Griechenland neun Mal, Spanien noch öfter. Aber die Juristen haben darauf nie reagiert.

FOCUS Online: Woran liegt das?

Paulus: Das hängt mit der Reaktion zusammen, die wir jetzt sehen, wenn Philipp Rösler ein geordnetes Insolvenzverfahren fordert: Alle schreien auf. Genau diese Mentalität ist das Problem. Das Insolvenz- und Konkursrecht ist verpönt, denn es

bedeutet nach allgemeiner Ansicht: Ausverkauf der Vermögenswerte. Und das kam für Staaten noch nie in Frage. Erst durch die Amerikaner gab es eine neue Errungenschaft: Das berühmte „Chapter eleven“ des US-Insolvenzrechts. Dabei wird die Insolvenz nicht durch Liquidation bewältigt. Sondern man versucht, den Schuldner wieder auf die Beine zu bringen. Es gibt einen Schutz vor den Gläubigern.

ZUR PERSON

Christoph G. Paulus leitet den Lehrstuhl für Bürgerliches-, Zivilprozess- und Insolvenzrecht an der Humboldt-Universität in Berlin. Er forscht seit Jahren zum Thema „Staatspleiten“. Als Insolvenz-Experte hat er die Weltbank und den Internationalen Währungsfonds (IWF) beraten. In mehreren Studien untersuchte Paulus, wie mit der Zahlungsunfähigkeit eines Landes am besten umzugehen ist. Er rät zu einer neutralen Instanz, die zwischen Schuldner und Gläubigern vermittelt.

FOCUS Online: Und eine solche Regelung würden Sie auch für Staaten anwenden?

Paulus: Ja, aber nicht nur. Mein Vorschlag ist: Bei allen Schulden, die ein Staat aufnimmt, wird vertraglich festgeschrieben, dass im Falle einer Zahlungsunfähigkeit ein Insolvenzgericht zuständig ist – das Schuldentribunal. Ein solches Tribunal müsste die Eurozone installieren. Das ist nicht sonderlich aufwendig: Man bräuchte einen Präsidenten, ein Sekretariat und einige Richter. Dieses Gericht wäre ein Schiedsrichter zwischen dem Schuldenstaat und den Gläubigern und würde klären, welche Beiträge der jeweilige Staat leistet und welchen Verzicht er von den Gläubigern erwartet. Den Antrag für ein Verfahren vor diesem Tribunal könnte nur der überschuldete Staat selbst stellen, keine Gläubiger. Und der Antrag wird nur angenommen, wenn der Schuldenstaat einen detaillierten Plan vorlegt, wie er sich die Restrukturierung vorstellt.

FOCUS Online: Und dann muss das Gericht den Antrag automatisch annehmen?

Paulus: Nein. Die Richter überprüfen, ob der Antrag missbräuchlich ist. Wenn die Vorschläge des Schuldnerstaates zu lasch sind, etwa weil nahe liegende Steuererhöhungen fehlen, dann lehnen sie ab. Im positiven Fall kommt es zu den eigentlichen Verhandlungen darüber, ob dieser Plan tauglich ist und wo er geändert werden muss. Die Gläubiger werden natürlich sagen: „Ihr Griechen müsst noch viel mehr machen, ihr müsst auch noch die Akropolis verkaufen.“ Ob es dazu kommt, ist eine Frage des Verhandlungsgeschicks.

FOCUS Online: Der Plan muss dann aber auch umgesetzt werden. Griechenland hält auch jetzt schon Sparzusagen nicht ein.

Paulus: Wenn ein Staat Zusagen der Gläubiger hat, besteht natürlich die Gefahr, dass der Reformeifer erlahmt. Deshalb müssen die Richter die Umsetzung des Planes ebenfalls kontrollieren. Und wenn der Schuldnerstaat zu nachlässig ist, dann können sie sagen: Das ist ein Missbrauch unserer Institution, jetzt tritt der vorherige Zustand wieder in Kraft. Das heißt, der Staat hat wieder hundert Prozent seiner alten Schulden. Das ist das Disziplinierungsmittel.

FOCUS Online: Für Griechenland käme diese Regelung aber zu spät.

Paulus: Das stimmt. Aber gerade weil diese Krise so schrecklich ist, sollte man sie nicht ungenutzt verstreichen lassen. Man muss etwas für die Zukunft festklopfen.

Wie Griechenland zu retten ist

 Empfehlen

0

0

FOCUS Online: Wie soll man Griechenland nun helfen?

Paulus: Für die akute Situation schlage ich vor, den Politikern die Sache aus den Händen zu nehmen und sie einem Dreiergremium vertrauenswürdiger Leute zu übertragen. Ich stelle mir so etwas wie die Helmut Schmidts von Europa vor. Wir brauchen neutrale Mittelsmänner. Denn Politiker müssen immer Rücksicht auf ihre Wähler nehmen. Wenn Merkel sagt, die Griechen sind zu faul, dann sagt sie das ja nicht den Griechen, sondern sie spricht zu ihren deutschen Wählern. Wenn nur interessengeleitete Personen aufeinander treffen, ist der Konflikt vorprogrammiert.

FOCUS Online: Und diese Vertrauensleute sollen einen Schuldenschnitt herbeiführen?

Paulus: Auf jeden Fall. Den Schuldenschnitt brauchen wir sowieso.

FOCUS Online: Aber dann stufen die Ratingagenturen Griechenland als zahlungsunfähig ein und es wird auf Jahre völlig vom Kapitalmarkt abgeschnitten.

Paulus: Mit der Reaktion des Kapitalmarkts wird häufig gegen die Einführung eines Insolvenzrechts für Staaten argumentiert. Aber für Griechenland wäre die Situation auch nicht anders als in den letzten eineinhalb Jahren. Für die Gläubiger ist die jetzige Lage sogar noch schlimmer, weil sie nicht wissen, wohin die Reise geht. Für den Ersten, der mit so einem Insolvenzrecht konfrontiert wird, ist es eine ekelhafte Angelegenheit. Aber auf lange Sicht muss die Möglichkeit einer Insolvenz für jeden rational denkenden Gläubiger besser sein als das, was wir jetzt haben: Die Politik erkaufte sich wochen- und tageweise Zeit. Und die Entscheidung wird vertagt.

FOCUS Online: Aber das Beispiel Argentinien beweist doch die Gefahren: Das Land erklärte sich vor zehn Jahren für zahlungsunfähig. Und bis heute hat es kaum Zugang zum Kapitalmarkt und muss horrend hohe Zinsen zahlen.

Paulus: Argentinien hat sich aber auch aufgeführt wie die Axt im Walde. Die standen als Schuldner völlig an der Wand und haben gesagt: Wir zahlen nur einen bestimmten Betrag zurück. Sie haben also einseitig die Bedingungen diktiert. Darauf reagieren Gläubiger naturgemäß sehr empfindlich. Das Beispiel Uruguay zeigt, dass es auch anders geht. Die haben mit Gläubigervertretern verhandelt und alles vertraglich festgelegt. Und sie sind am Kapitalmarkt wieder gefragt.

FOCUS Online: Zurück nach Europa: Wenn man ein Insolvenzverfahren einführt, werden die Märkte dann nicht sofort den nächsten Wackelkandidaten ins Visier nehmen, also etwa auf eine Pleite Portugals spekulieren?

Paulus: Bei einer neuen Regelung gibt es immer Übergangsschwierigkeiten. Aber man muss sich doch einmal überlegen, wie es in der Zukunft idealerweise laufen sollte. Ein Insolvenzverfahren für Staaten ist dann am besten, wenn es nie angewendet wird. Aber es muss existieren – als Disziplinierungsmittel. Das eigentliche Problem ist das relativ unbegrenzte Aufnehmen immer neuer Schulden.

FOCUS Online: Inwiefern?

Paulus: Wer im alten Rom einen Sklaven gekauft haben, dann mussten ihn bar bezahlen. Die Freude über den Kauf und der Schmerz über den Geldverlust lagen unmittelbar beieinander. Heute wird der Schmerz vertagt, durch den Kredit. Die Politik will etwas ausgeben, aber sie will den Wählern keine Steuererhöhungen zumuten. Also werden Schulden gemacht. Und mit jeder Politikergeneration wird der Schuldenberg größer. Diese Disziplinlosigkeit will ich mit meinem Insolvenzverfahren eindämmen.

FOCUS Online: Für den zukünftigen Euro-Rettungsschirm ist etwas geplant, was an ihre Vorschläge erinnert. Bei Zahlungsproblemen sollen sich Staaten und Gläubiger zusammensetzen. Reicht das?

Paulus: Es ist ein Schritt in die richtige Richtung. Aber es fehlen die Pläne zur Umstrukturierung der Schuldner. In Griechenland etwa haben wir keine Liquiditäts- sondern eine Strukturkrise. Da muss es für eine Umschuldung eine umfassende Gegenleistung geben.